

Diese Zeitung erscheint
jeden Samstag
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.4
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6432

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Fahrlagen-Anzeigen bis
30 Spalten Kolonial-Beile
60
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Drey.

Druck von G. H. F. Reister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. -- Fernsprech-Anschluss 5002.

Das gewerkschaftliche Versuchskarnikel.

Sehr oft schon hat die Arbeiterschaft die Nachteile der fehlenden Einheitlichkeit in der gewerkschaftlichen Organisation zu spüren bekommen. Diese Einsicht war und ist bei jeder der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen vorhanden, aber zu einer Vereinigung ist es deshalb doch nicht gekommen. Das mag man bedauern, ändern kann man es nicht. Fragen der Weltanschauung in politischer und religiöser Beziehung sind die Gründe für die Spaltung der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiet. Dieses Gebiet könnte aber neutral sein. Schon oft genug wurde darauf hingewiesen, daß es dem Unternehmertum nie eingefallen ist, politische oder religiöse Anschauungen für den Ausbau ihrer wirtschaftlichen Organisationen zur Richtschnur zu nehmen. Die Zahl der Unternehmer ist kleiner als die Zahl der Arbeiter, es fällt schon deshalb nicht so schwer, sie unter einen Hut zu bringen. Sinozu kommt, daß die Unternehmer in der Regel einen besseren Weibsblick mitbringen als die große Masse der Arbeiterschaft. Sie fallen nicht mit der gleichen Leichtigkeit einem Menschen mit gutem Mundwerk zum Opfer, der in wirtschaftlichen und politischen Fragen ein Analphabet ist. Bei der Agitation unter der unwissenden Arbeiterschaft spielt heute leider die Demagogie eine noch größere Rolle als in früheren Zeiten. Hätte man die Arbeiterkinder in der Schule logisch denken gelehrt, dann könnte diese Demagogie nicht so viel Unheil anrichten und manche Niederlage im wirtschaftlichen Kampfe bliebe der Arbeiterschaft erspart. Der Bruderkampf innerhalb der Arbeiterklasse wird immer auf Kosten der Arbeiterschaft selbst geführt. Für vernünftige Menschen besteht kein Zweifel: Eine einheitlich orientierte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kann auf die Gestaltung ihrer eigenen Existenz einen ungleich größeren Einfluß ausüben als verschleierte, durch politische oder religiöse Anschauungen getrennte Teile.

Neben den schon vorhandenen verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen treten heute noch eine ganze Anzahl von Elementen auf, die der Arbeiterschaft klar zu machen suchen, daß sie sich gewerkschaftlich anders organisieren müssen. Da sind die Syndikalisten, die bei uns in Deutschland schon einige Male genau so gründlich abgewirtschaftet haben wie in Frankreich, wo sie am stärksten entwickelt waren. In Frankreich haben die Arbeiter gründlich Gehörgeld bezahlen müssen, um kurziert zu werden; bei uns konnten die Syndikalisten mit ihren Lokalorganisationen unter Anlehnung an den Anarchismus keine Geschäfte machen mit ihrem Allheilmittel der direkten Aktion. Als in den Jahren 1905 und 1906 ein großer gewerkschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen war, setzten sie lebhaft mit ihrer Agitation ein. Eine gleiche Erscheinung zeigte sich auch wieder bei dem Zustrom zu den Gewerkschaften während der Revolutionszeit. Naive Geister sind die Opfer der syndikalistischen Schwärmer. Ihre Spezialität ist, durch die direkte Aktion zu siegen. Vieles Verhandeln mit dem Unternehmer ist Unsinn. Einen größeren Kampffonds brauchen die Syndikalisten nicht. Sie beruhigen den hungrigen Magen lediglich mit Idealismus. Wer in gewerkschaftlichen Dingen noch nichts gelernt hat, der kann bei den Syndikalisten zwar auch nichts lernen, aber er kann sich an Kraftausbrüchen bereichern und vielleicht böse Erfahrungen machen.

Die Kommunisten treten als Gewerkschaftsgründer in allen möglichen Schattierungen auf. Einheitlich gehen sie insofern vor, daß sie die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit — wenn man sie so nennen kann — innerhalb einer Organisation ausüben wollen. Diese Organisation kämpft heute für wirtschaftliche Forderungen, morgen für politische usw. Ob die aufgestellten Forderungen durchführbar sind, ist nebensächlich. Hauptsache ist, den ganzen wirtschaftlichen Organismus zu stören und zu ruinieren, um zur Weltrevolution zu kommen. In ihrer kindlichen Naivität glauben die kommunistischen Führer, damit alle Klassengegensätze beseitigen und allgemeine Gleichheit erreichen zu können. Daß dabei Generationen oder ganze Völker zugrunde gehen würden, oder daß die Reaktion sofort wieder zur Macht käme, brauchen diese Leute nicht zu wissen, denn sie sind ja nicht auf der Welt, um zu denken. Das ist eine ganz überflüssige Arbeit und für große Geister unnötig. Erfreulicherweise kann man konstatieren, daß die deutsche Arbeiterschaft für den Kommunismus nicht reif ist, oder deutlicher gesprochen, sie ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, intelligent genug, um die Unmöglichkeit der sofortigen Durchführung der kommunistischen Wünsche einzusehen. Sinozu kommt, daß unter den Kommunisten recht viele zweifelhafte Existenzen sind, die den Kommunismus recht in Mißkredit gebracht haben, so daß es Mühe macht, ihn zu reinigen von allem Schmutz und Schlacken, um seine ursprüngliche Gestalt wieder herauszubringen. Durch die fortgesetzten ermüdenden Anläufe, die der Kommunismus zur Erreichung seines Zieles unternimmt, kämpft er sich zu Tode. Wenn der wirtschaftliche Entwicklungs- und Umbildungsprozess weit genug fortgeschritten ist, wird der Kommunismus als letzte Auswirkung des Sozialismus in besserer Gestalt als heute wieder entstehen.

In letzter Zeit hat sich das Bestreben bemerkbar gemacht, die Arbeiterauschüsse resp. die Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse für bestimmte Industriezweige organisatorisch zusammenzufassen. Durch die Gewinnung der Ausschüsse glaubten die Arrangureure die bestehenden Organisationsleitungen beiseite schieben zu können. Daß solcherart geschaffene Organisationen für die Arbeiterschaft

mehr zu leisten imstande wären als die bestehenden Organisationen, ist ganz ausgeschlossen. Ihnen fehlt nicht nur die finanzielle Stärke, sondern zum großen Teil auch die Erfahrung. Die Arbeiterschaft soll sich über eins klar sein: Werden die bestehenden Organisationen zerrissen, so zerfällt die heute bestehende Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter- und Unternehmerverbände, die an sich nichts anderes ist, als die Anerkennung der Gewerkschaften, d. h. die Unternehmerverbände sind nicht mehr imstande, die gewaltig gesteigerte Kraft der gewerkschaftlichen Organisation zu ignorieren. Das Unternehmertum hat — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — noch lange nicht sozial denken gelernt. So schnell geht das auch nicht. Sie haben sich lediglich einem Zwang unterworfen. Und kaufen wir uns nicht; gelingt es den Gewerkschafts-

**Die
Zahlstellenleitungen und deren Funktionäre müssen
nunmehr ihr Hauptaugenmerk auf die zurückkehrenden
Kriegsgefangenen
richten. Insbesondere diejenigen, die bereits Mit-
glied unsers Verbandes waren,
sollen
aufgesucht und zur Weiterführung ihrer Mitglieds-
schaft angehalten werden. Sie sind darauf auf-
merksam zu machen, daß sie
sich
ihre früher erworbenen Rechte sichern können, wenn
die Wiederanmeldung innerhalb 14 Tagen erfolgt.
Die vor der Einziehung zum Heeresdienst geleisteten
Beiträge werden voll angerechnet, wenn sich die
Heimkehrenden unter Einhaltung des angegebenen
Termins bei der Ortsverwaltung
melden.**

Keines untrer alten erfahrenen Mitglieder darf verloren gehen.

zerstören, die Einheit der Arbeiterschaft zu zerreißten, diese damit zur Ohnmacht zu verurteilen, dann werden die traurigen Folgen noch viel rascher eintreten als auf politischem Gebiete, wo bereits die Flucht vor den Radikalismus eingeleitet hat; es geht zurück ins bürgerliche Lager. Auf gewerkschaftlichem Gebiete würde es so kommen, daß als Folge der Zersplitterung, als Folge des endlosen Streites und Zankes in den eigenen Reihen an ein geschlossenes Handeln nicht mehr zu denken wäre. Beispiele sind heute schon vorhanden. Die Arbeiterschaft könnte dem Unternehmertum nicht mehr als gleichberechtigter Partner entgegen treten, sollte ihr doch die einheitliche, ziel sichere, organisatorische Zusammenfassung. Dann hätten die Ueberradikalen erreicht, was sie wohl selbst nicht wünschen, die — Diktatur, aber nicht des Proletariats, sondern des Unternehmertums über die Arbeiterschaft. Als weitere Folgen würden rasch eintreten Lohnabbau, wilde Streiks, Arbeiterentlassungen, Maßregelungen, Arbeitslosigkeit, Not, Lohnrück, kurz gesagt, Verlust aller seit vier Jahrzehnten in mühsamer Gewerkschaftsarbeit erreichten Errungenschaften. Diesen Erscheinungen gegenüber wären auch die Betriebsräte machtlos, weil ja hinter ihnen keine reale Macht mehr stände, auf die sie sich stützen könnten. Die Betriebsratsmitglieder selbst würden mit unter die Räder kommen, die Unternehmer wüßten wohl die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Bekanntlich haben Gehege erst dann Wirklichkeit, wenn wirkende und belebende Kräfte hinter ihnen stehen.

Auf der kürzlich in Berlin tagenden Reichskonferenz der U. S. P. D. wurde auch die Gewerkschaftsfrage behandelt. Die Redner waren sich darüber einig, daß die Gewerkschaften in radikalem Sinne umzubauen sind, um den revolutionären Kampf durchzuführen zu können. Der Referent empfahl als Richtlinie zur planmäßigen Umgestaltung der Gewerkschaften folgende vier Punkte: 1. Ausschaltung der Bureaucratie; 2. Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung; 3. Aenderung des Unterstützungswesens zu besserer Herausbildung des Kampfscharakters; 4. Anerkennung des Massenstreiks als eines politischen Kampfmittels. Was steht nun hinter diesen zum Teil tönenden Schlagworten? Befestigung der Bureaucratie soll wohl heißen der alten Gewerkschaftsführer, soweit sie der U. S. P. D. angehören, und Befestigung dieser dadurch freigewordenen Stellen mit unabhängigen Führern. Wo heute bereits Anhänger der U. S. P. D. an die Stellen der Gewerkschaften getreten sind, setzen wir, daß sich das Gewerkschaftsleben in genau denselben Formen abspielt wie vorher auch, weil es gar nicht anders möglich ist. Man wird das Empfinden nicht los, daß sich hinter dem Punkt 1 ein gutes Stück Kampf um die Futterrippe verbirgt. Ueber den zweiten Punkt, Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung, ist eigentlich nur zu fragen: Weshalb diese Forderung über eine bereits bestehende Selbstverständlichkeit? Weshalb wird diese Anerkennung gefordert? Die Betriebsräte sind tatsächlich schon Organe der Sozialisierung. Lassen wir sie zunächst einmal durch

die praktische Schule gehen, damit sie etwas mehr lernen als starke Worte reden. In Punkt 3 wird die Aenderung des Unterstützungswesens zur besseren Herausbildung des Kampfscharakters gefordert. Das sind bekannte Töne. Anarchisten, Syndikalisten, Lokalisten haben sie schon vor Jahren und Jahrzehnten gefungen. Innerhalb der freien Gewerkschaften tobte der Kampf in längst vergangenen Zeiten gegen das Unterstützungswesen und gegen Lachbeiträge, um den Kampfscharakter der Gewerkschaften zu wahren. Und im Jahre 1919 taucht dieser Sadenhüter wieder auf. Was soll es heißen zu sagen, „bessere“ Ausbildung des Kampfscharakters? Es wird doch nicht geläufig, am des Kampfes willen. Schließlich muß jede Kampfesgruppe einmal Ruhe haben, soll sie nicht zusammenbrechen. Kämpfen heißt zudem nicht nur streiken, der Streit soll vielmehr das letzte Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe sein. Uebrigens gibt es heute schon Leute genug in den Reihen der U. S. P. D., die einsehen, daß eine durch fortwährenden Kampf ermüdete Arbeiterschaft Ruhe braucht. So erklärte Loß, einer der jetzigen Leiter der Berliner Metallarbeiter, am 28. August in einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission: „Wir freuen uns, daß unsere Mitglieder endlich von dem Streikwahnsinn abkommen.“ Zu Punkt 4, „Anerkennung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel“, wäre zu sagen: Die Arbeiterklasse kann in die Lage kommen, den Massenstreik als politisches Kampfmittel anzuwenden, z. B. wenn wichtige Lebensinteressen der Arbeiterklasse auf dem Spiele stehen. Dazu braucht es aber keiner vorherigen Anerkennung. Den Massenstreik aber fast jede Woche einmal und wegen jeder Bagatelle inszenieren zu wollen, wie das seit Kriegsende der Fall war, ist Wahnsinn. Zu oft angewendet, verliert er seine Wirkung und wendet sich gegen die Arbeiterschaft selbst. Schließlich tritt eine Reaktion ein und die abgehefteten Arbeitermassen kehren den Gewerkschaften den Rücken und sind dann das geeignete Rekrutierungsmaterial für die Gelben, die auch bereits unter Ausnutzung der hier kurz angeedeuteten Erscheinungen eifrig Propaganda treiben. Gerade die Gewerkschaftsgeschichte zeigt uns, daß sich die Extreme immer bewähren. Es ist ein verbrecherisches Beginnen, den Gewerkschaftskampf lediglich und ausschließlich auf den Streit einstellen zu wollen, statt den ungeschulten Arbeitermassen zu sagen, daß der Streit die letzte und schärfste Waffe in unserem heute so reichen Waffenarsenal ist. Nicht minder gefährlich ist es, einer Menschenmasse, der infolge ihres feilherigen Indifferentismus der Blick für politische und volkswirtschaftliche Dinge noch nicht geschärft ist, einzuprägen, durch Massenstreiks könne sie alles erreichen. Die Folge ist, daß solche Leute Vernunftgründen überhaupt nicht mehr zugänglich sind. Einige hundert oder gar tausend unwissende Leute können zwar einen einzigen erfahrenen und verantwortungsführenden Mann nicht fachlich widerlegen, aber sie können ihn niederbrüllen oder verprügeln. Aus den Flegel- und Lummeljahnen mühten wir aber eigentlich heraus sein. Allerdings, wer die Absicht hat, nicht nur die schon genügend kompromittierte deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft unter Anwendung aller demagogischen Mittel und Kniffe in Grund und Boden hineinzuruinieren, der muß die Arbeiterschaft mit Phrasen und Kraftausbrüchen besoffen machen, statt sie aufzuklären, der muß die Organisationen zerstören, damit sich die Arbeiterklasse zum Gaudium der Unternehmer, überhaupt der Gegner, gegenseitig beschimpft und verfolgt, dann tritt unweigerlich der Rückschlag ein, der die Arbeiterklasse um Jahrzehnte zurückwirft. Die Arbeiterschaft soll alle diese zweifelhaften Freunde, die nun alle auf einmal alles besser machen wollen, zurückweisen, sonst gehen mit der Einheit der Arbeiterschaft deren gute und bewährten Organisationen in Trümmer und damit die Macht der Arbeiterklasse. Laßt die Gewerkschaften nicht zum Versuchskarnikel politischer Freibeuter werden. Einheit über alles. Wer sie antastet, ist ein Schädling.

Catsachen, keine Phrasen!

Der französische Metallarbeiterführer A. Merheim, der politisch den deutschen unabhängigen Sozialisten nahesteht, hat eine Broschüre: „Die wirtschaftliche Revolution“ herausgegeben. Aus dem Vorwort dieser Schrift zitiert der „Vorwärts“ folgende beachtenswerten Sätze:

„Wir befinden uns in einer entscheidenden Stunde, in einem Moment, wo wir in der Arbeiterbewegung Tüchtigen den Mut haben müssen, zu sprechen; weil wir uns nicht von der unorganisierten Masse, von der entseffelten Menge lehren lassen dürfen, die durch die Not auf die Straße gestoßen wurde und nun einfach die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse mit Hilfe von Lohnrückforderungen verlangt. Die Führer in der Arbeiterbewegung schulden der Masse die Wahrheit, die volle Wahrheit. Selbst wenn diese Wahrheit ihnen den Haß und die Verleumdung einträgt und wenn es selbst ein unbegrenzter Haß ist, dem sie sich aussetzen. Das alles hat uns nichts bedeuten.“

Der Moment ist gekommen, uns der Rede von Jaures an die Jugend zu erinnern, als er ihr den Mut erklärte, den jeder Mensch im Leben haben und in die Praxis umsetzen sollte. „Mut bedeutet“, sagte er ihnen, „die Wahrheit zu suchen und zu sagen; Mut bedeutet, sich nicht dem Gejehr der triumphierend vorüberziehenden Rüge zu beugen und unsere Seele, unseren Mund und unsere Hände nicht zum Echo törichtem Verfalls und fanatischen Geschreies zu machen.“

Nun ist es aber eine Wahrheit für alle diejenigen, welche denken können, daß auf die Unrast, von der die Massen durch-

richtet werden, alle einzig und allein auf die Erhöhung der Löhne hinauslaufenden Lösungen nicht nur ohne Einfluß sind, sondern auch im absoluten Gegensatz zu den natürlichen wirtschaftlichen Gesetzen stehen. Es ist unabweisbar, die gegenwärtige Form der Güterproduktion und -verteilung völlig umzuformen, wenn man eine wirkliche und dauerhafte Besserung erzielen will, und man kann und soll dazu gelangen durch die Macht der Organisation. Zur Stunde wird jede durch die Arbeiter errungene Lohnerhöhung unmittelbar von einer mindestens gleichwertigen, meist jedoch noch höheren Steigerung der Lebenshaltung. Es ist gegenwärtig so leicht, den Beifall der Massen zu erringen, wenn man ihren natürlichen Instinkten schmeichelt. Herz und Hirn der einzelnen Individuen ist erfüllt von Egoismus und Haß und von nichts als Haß. Das erzeugt einen tiefen Steptizismus und Egoismus und eine merkbare Schwächung des moralischen Empfindens, die wiederum den Glauben erweckt, daß eine unaufhörliche Erhöhung der Löhne auch eine Bereicherung des einzelnen bedeute. Deshalb jauchzen auch die Massen, wenn man ihnen von einer Erhöhung der Löhne spricht und ihnen anrät, ihre Produktion nicht zu erhöhen oder sie gar zu beschränken. Es ist leicht, frenetischen Beifall zu erringen, wenn man den Versammlungsbesuchern erzählt, daß Güter in Ueberfülle da seien und daß jeder ohne Einschränkung verzehren, seinen Wohlstand erhöhen und Löhne durchsetzen könne, die es ihm ermöglichen würden, seine persönlichen Wünsche und Ansprüche an das Leben erfüllt zu sehen, ohne die Gütererzeugung feigern zu müssen.

Welches auch der Redner sein möge, der so zur Masse spricht, er ist sicher, damit ungeheuren Beifall zu erzielen. Es ist der Instinkt der Masse, dieser reißenden Woge der Straße, der darin triumphiert; denn er kennt nur einen Gedanken: Haßen, und somit haßt er auch die Produktion und in naturnotwendiger Folge auch die Arbeit. Das ist das Resultat fünfjähriger unaufhörlicher Lüge und des ununterbrochenen Aufstiegs von Haß gegen die Wahrheit. Alle wahren Freunde der Arbeiterklasse müssen gegenwärtig den Mut haben, sich nicht von ihren Organisationsprinzipien abdrängen und durch jene Mass: beherrschen zu lassen. Sie sollen ihr sagen, mampfindlich für alles Verbrechen und alle Verleumdung, daß diejenigen, die da behaupten, es sei angängig, viel zu verzehren und wenig zu erzeugen, die Arbeitermassen täuschen und ihnen eine Zukunft unmöglicher Reiden und Entbehrungen vorbereiten. Mut heißt es, der Masse zu sagen, ihr es immer wieder einzuprägen, daß jeder einzelne zu gleicher Zeit Erzeuger und Verbraucher und daß die unaufhörliche Weiterentwicklung der Erzeugung unbedingt nötig ist. Daß es schon nicht möglich ist, die gewöhnlichen natürlichen Bedürfnisse jedes einzelnen zu befriedigen, ohne in normaler Weise zu produzieren, und daß somit unmöglich daran gedacht werden kann, den allgemeinen Wohlstand zu erhöhen, wenn man nicht zu gleicher Zeit im Allgemeininteresse die produktive Leistung des einzelnen steigert. Mut heißt es, laut hinauszurufen, daß die rein politische Revolution, die den Geist der Massen umnebelt, unfähig ist, das soziale Problem, dessen beschleunigte Lösung der Krieg unabsehbar gemacht hat, auch wirklich zu lösen. Mut ist es, der Masse immer und immer wieder zu sagen, daß die Revolution, die vorbereitet werden muß, die wirtschaftliche Revolution ist, und daß diese nicht in der Straße durchgeführt werden wird durch eine entfesselte, nicht denkfähige Menge, die nur zerstört aus Lust an Zerstörung und Mörderium. Daß dagegen in der Wirklichkeit eine wirtschaftliche Revolution ihre Kraft in der Arbeit findet und sich stark, portentös und erfüllt durch eine verstärkte Gütererzeugung auf den Feldern, in den Werkstätten und Fabriken, durch eine verbesserte Anwendung aller wissenschaftlichen und sonstigen Produktionsmethoden.

Die „dreimal verfluchte Zwangswirtschaft“.

In der Debatte über die Reichsverordnung der Berliner Bevölkerung in der ersten Stadterwerbungs-Einstellung nach den Ferien fand der Redner der „Bürgerlichen Vereinigung“ folgende Worte gegen die „dreimal verfluchte Zwangswirtschaft“. Es ist immer noch gerade zum guten Ton zu gehören, die Zwangswirtschaft, namentlich die Zwangsbeziehung des Brotgetreides, als eine überflüssige Schikane der Bevölkerung zu verdammen. Niemand bedenkt, daß es kaum einen Menschen gibt, der an ihrer Aufrechterhaltung ein persönliches Interesse hat, und die einschneidenden Worte des Berliner Oberbürgermeisters sollten aus den entgegengesetzten Bestrebungen des „freien Handels“ darüber ansetzen, daß nur die Aufrechterhaltung der amtlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides aus vorliegenden Gründen ist, die alles, was wir in den letzten Monaten erleben mußten, noch weit in den Schatten stellen würden.

Wie kam es doch, daß die Zwangswirtschaft, ein vor 1914 in Deutschland völlig unbekannter Begriff, eingeführt wurde? Sofort bei Ausbruch des Krieges stellte es sich heraus, daß unsere damalige Regierung sich nicht nur nicht auf alle möglichen Ereignisse vorbereitet hatte, sondern sich auch nicht die Spur einer Kriegsbereitschaft verschaffen konnte. Aber waren in den militärischen Magazinen genügend Vorräte vorhanden, um eine über die Friedensperiode hinausgehende Notwendigkeit auch nur für kurze Zeit zu erweichen, noch waren in den ausserhalb der Reichsgrenzen liegenden Ländern und Gegenden irgendwelche Vorräte aufgeschlüsselt. In unbegreiflicher Verleumdung rechnete man damals, daß der Krieg in weniger Monaten, vielleicht sogar Wochen, beendet sein würde. Erst als am 4. August — ganz unerwartet — die Kriegserklärung Englands erfolgte, dann erst nach einigem zögerlichen Zögern des Volkes, die jene Ereignisse lösten, eine dunkle Ahnung des kommenden auf, und nach am gleichen Tage mußten sich von Reichs wegen befehlte Kontingente auf den Weg, um im neutralen Ausland größere Mengen von Lebensmitteln zu beschaffen. Daß dieses Bestreben vergeblich war, ist allgemein bekannt, daß es vergeblich sein mußte, hatten die damaligen Machthaber voraussehen können. Für alles habe man vorgesorgt, Schiffe, Transportmittel, je jeder kam aus dem Lande, die meisten ungehindert über die Meere hinweg, für die Versorgung des Volkes — des Heeres war aber nicht die geringste Sorge getroffen.

Wir können Artikel und Minutchen jagte man der Not und Bedenken, die sich mit Bestürzung zu erörtern war, Herr zu werden. Als man aber sah, daß das Volk, bezaubert von den Sagen und den Erregungsworten der vordringlichen wackelnden Maßnahmen, mit den Lebensmitteln für den Kriegszustand und „L-Brut“ zu geringen, in den Krieg schickte und daher notwendigerweise einzuwendende Maßnahmen auf, war es, wie immer, viel zu spät. Große, unentbehrliche Mengen von Lebensmitteln waren verrotten und verderben.

Es ist möglich, keine Betrachtungen darüber anzustellen, was geschehen wäre, wenn man in dieser Voraussicht schon rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen getroffen hätte. Jetzt sehen wir uns der beschriebenen Lage gegenüber, daß alle die schwerwiegenden Gründe, die zu einer Einführung der Zwangswirtschaft führten, nicht nur in ungeänderter Weise fortbestehen, sondern sich fast überall noch verschärft haben. Die Vorräte, die tatsächlich vorhanden sind, und die, auf welche man auf Grund mehr oder weniger zweifelhafter Zeugnisse rechnen darf, sind kaum ausreißend, um den alljährlich benötigten Bedarf des Volkes still zu stellen. Nur bei einem auch weiterhin konsequent durchgeführten Verteilungssystem kann man die Versorgung

sichern, daß auch im folgenden Wirtschaftsjahr die minderbemittelten Teile der Bevölkerung ein bestimmtes Mindestmaß von Lebensmitteln, namentlich von Brot, erhalten werden.

Es soll und kann nicht geleugnet werden, daß die Interessierten, welche gegen eine Weiterführung der amtlichen Bewirtschaftung sprechen, einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Alle Kräfte, welche von der Produktion und ihrer Verteilung leben, haben gehofft, daß sie mit Friedensschluß aller Fesseln ledig würden und sich wieder frei betätigen könnten. In Würdigung dieser Interessen hat sich die Regierung — sicher nicht leichten Herzens — entschlossen, einen Teil der bisher amtlich bewirtschafteten Produkte freizugeben. Aber niemand wird behaupten können, daß die durch dieses Nachgeben gezeitigten Erfolge zu einem Fortschreiten auf diesem Wege ermutigen können. Die Preise der freigegebenen Artikel sind so gewaltig in die Höhe geschraubt, daß sie eine ernste Bedrohung für die minderbemittelte Klasse bilden. Nichts spricht dafür, daß es bei den wichtigsten Lebensmitteln, vor allem bei Brotgetreide und bei den Kartoffeln, anders sein wird. Solange noch der Handel seine Hauptaufgabe darin erblickt, die Konjunktur in seinem Sinne auszunutzen und seine Preise nach der Höhe von Angebot und Nachfrage zu bemessen, solange kann von einer Freigabe wichtiger Nahrungsmittel erst dann die Rede sein, wenn die Höhe des Angebots einigermaßen ausreicht, um die Nachfrage zu decken und somit ein die Preissteigerung stark anreizendes Motiv in Fortfall kommt.

Gewiß wäre es theoretisch wohl möglich, durch Einführung von größeren Mengen von Brotgetreide aus dem Ausland einen Teil des Bedarfs zu decken. Aber infolge des unerhöht niedrigen Standes unserer Valuta und der Schwierigkeit der Devisenbeschaffung haben die Preise für ausländisches Getreide eine derartige Höhe erreicht, daß es für die Beschaffung des täglichen Brotes kaum mehr in Frage kommt. Es ist auch noch gar nicht sicher, ob das Ausland überhaupt in der Lage und gewillt sein wird, uns die erforderlichen großen Mengen zur Verfügung zu stellen.

Gegenwärtig befinden wir uns wieder im kritischen Stadium. Die alte Ernte ist verzehrt und die neue ist noch nicht verfügbar. Wieder hat sich in diesem Jahre infolge der nassen und kalten Witterung die Ernte um 14 Tage bis 3 Wochen verschoben, so daß die verfügbaren Bestände der Reichsgetreidestelle außerordentlich gering geworden sind. Infolge der Freigabe des Hafers und der unerhöhten Preissteigerung dieser Getreideart ist es nur zu leicht erklärlich, daß der Landwirt zunächst an seine eigenen Interessen denkt: den Hafer vor dem Roggen ausbedient. Ja, die Gefahr liegt nahe, daß er sich dazu verleiten läßt, den Hafer zu dem jetzigen hohen Preise zu verkaufen und lieber Roggen an sein Vieh zu verfüttern. Um diesen Gefahren zu begegnen, hat sich das Reichsernährungsministerium veranlaßt gesehen, besondere Anlieferungsprämien für Ablieferung des Roggens vor dem 15. Oktober zu gewähren und den Ausdruck und die Verladung des Hafers einzuweisen zu verbieten. Man darf hoffen, daß diese Maßnahmen, wenn sie auch keine grundlegende Aenderung der schwierigen Lage herbeiführen, immerhin es doch ermöglichen werden, daß die Brotversorgung der Bevölkerung auch in den jetzigen kritischen Wochen durchgeführt werden kann. Dies wäre jedoch ausreißend, wenn die Konjunktur dem Drängen der interessierten Kreise nachgeben und die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides fallen würde.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Explosionen von Benzin und Benzol.

(Nachdruck verboten.)

Bei der weitgehenden Verwendung von Benzin und Benzol in verschiedenen Industriezweigen, wie namentlich auch für den Automobilbetrieb, kann man immer nur wieder klammern über den Reichthum dieser Kreise beim Umgehen mit diesen feuer- und explosionsgefährlichen Flüssigkeiten. Namentlich die beteiligten Arbeiterkreise können gar nicht oft genug zur Vorsicht gemahnt werden, wie zwei schwere Unfälle beweisen, die auf leichtsinniges Handeln mit einem Streichholz beim Umgehen von Benzol und auf Einziehen einer richtig liegenden (!) Schraube in eine Benzin-Extraktionsanlage zurückzuführen sind. Nach dem Jahresbericht der Hamburger Feuerwehr gingen diese lehrreichen Unfälle folgendermaßen vor sich:

Im Laufe des Berichtsjahres entstand in der Barmbeker Straße beim Umfüllen von Benzol eine Explosion. Hierdurch wurde ein Mann getötet, ein anderer so schwer verbrannt, daß er bald nach der Einlieferung im Krankenhaus verstarb. Ein dritter Mann kam mit leichteren Verbrennungen am Kopf und an den Händen davon.

Die drei Leute hatten aus einem großen Benzolfaß den Rest von 20 Litern durch Umgießen in eine Blechtaube abgefüllt. Hierbei war Benzol auf den Fußboden gelaufen. Als das Benzol faß abgefüllt war, hatte der erste Mann ein Streichholz angezündet, wobei die verächtlichsten Benzolreste in Brand gerieten. Die Arbeiter verjuchten, die Flammen durch Austreten zu löschen. Plötzlich entstand eine heftige Explosion mit großer Feuererscheinung.

Der erste Mann konnte sich nach dem Ausgang retten; der zweite wurde von der Feuerwehr in der Nähe des Einganges mit schweren Brandwunden, der dritte tot, bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, in der Nähe der Abfallstelle gefunden. Das entstandene Feuer wurde von einem Löschzug der Feuerwehr nach kurzer Zeit mit 2 Schlauchleitungen gelöscht.

Der Befund ergab, daß aus dem leeren Benzolfaß der eine Boden glatt herausgeschlagen war, im übrigen war das Faß unversehrt. Aus der Kamme war ebenfalls der Boden herausgeschlagen, außerdem war sie nach unten seitlich zusammengedrückt worden. Das Unglück selbst ist auf eine so große Unvorsichtigkeit zurückzuführen, daß sich über die Notwendigkeit ständiger Ermahnungen und Befehlungen nicht mehr streiten läßt.

Die Feuerlöschversuche in Wilhelmshöhe mit einer ortsfesten Anlage des Perle-Salzalkali-Schaumlöschverfahrens, wobei in einem Zementfaß von circa 80 Quadratmeter Flächeninhalt 15000 Liter brennenden Gassols einwandfrei zum Erlöschen gebracht wurden, gaben der Hamburger Feuerwehr Anlaß zur Erwerbung der Lizenzrechte für die Anwendung des Schaumlöschverfahrens und zum Bau einer feuerfesten Schaumlöschanlage für Dauerbetrieb. Dieses Schaumlöschverfahren war in erster Linie zum Schutz der sehr umfangreichen Tankanlagen im neuerrichteten Petroleumhafen gedacht und wurde dementsprechend auf der Feuerwache, welche im neuen Petroleumhafen liegt, aufgestellt. Ein zweites Schaumlöschfahrzeug als Selbstfahrer wurde auf der Feuerwache im Industriebezirk Steinwärder in Dienst gestellt.

Im Berichtsjahre bot sich die erwünschte Gelegenheit, eines dieser Schaumlöschfahrzeuge praktisch auf der Brandhelle zu erproben, und zwar mit gutem Erfolge. In der Feuerwache war ein Arbeiter bei ruhendem Betriebe damit beschäftigt, im 1. Stock in die Welle eines Schneidenganges, dem die Extraktionsprodukte einer im darüber liegenden Stockwerke befindlichen Benzinextraktionsanlage durch einen geschlossenen Schacht zu-

geführt wurden, eine rotglühende Stiftdrahtschraube einzuziehen. Dabei trat plötzlich eine Explosion ein, wodurch der Arbeiter leichte Brandwunden am Kopfe erhielt.

Zu gleicher Zeit wurde der mit Schraubbolzen in Abständen von 5 Zentimeter dicht verschraubte eiserne Deckel der Umfüllungskammer der Extraktionsanlage im 2. Stock an der Vorderseite in einer Fläche von circa 3 1/2 Quadratmeter abgerissen bzw. hochgehoben und der Inhalt der Anlage, bestehend aus Benzin und Hülsenfrüchten (Lupinen), in Brand gesetzt.

Die Extraktionsanlage arbeitete mit 2x8 Kästen mit Geböden in einem geschlossenen Apparat. Diesen Kästen wird das Extraktionsgut durch zwei geschlossene Schächte von oben her mittels Transportschnecke zugeführt. Durch 10 Zylinder, von denen je 5 an der Seite außen montiert sind, und welche je 100 Liter Inhalt haben (der jeweilige Inhalt ist an Standalkern zu erkennen), wird auf die Art eines Pulsmeters das Benzin in ein über den Kästen liegendes Rohrnetz gefördert, aus dem er durch ein Sprinklersystem über das Extraktionsgut gesprüht wird.

An beiden Seiten dienen je 2x8 Schaugläser von 30x15 und 10x10 Zentimeter zur Beobachtung des Arbeitsprozesses. Diese Gläser waren ebenfalls durch die Explosion zum Teil zerbrochen. Unterhalb, oberhalb und zu beiden Seiten der Extraktionsanlage laufen die für den Betrieb notwendigen mit Benzin gefüllten Röhre von 5 Zentimeter Durchmesser. Oberhalb der Extraktionsanlage, etwas zurückliegend, lagern 2 Vorratskäufe für Benzin von 500 und 2000 Liter Fassungsvermögen, die zur Zeit der Explosion nur etwa zur Hälfte gefüllt waren. Die Wanne in der Rohrleitung von diesen Vorratsbehältern nach der Extraktionsanlage waren geschlossen, da der Betrieb ruhte. Im übrigen waren die Rohrleitungen nur dicht an den Benzinhebern, die Glasinhaltszeiger an den Stutzen abstellbar. Der zuerst anrückende Zug versuchte mit einer Schlauchleitung das in der Extraktionsanlage mit Benzin getränkte Extraktionsgut abzulöschen. Da die Flammen jedoch dadurch nur mehr erlosch wurden, wurde das Schaumlöschfahrzeug angefordert. Nach erfolgter Ankunft und Auslegung der nötigen Schlauchleitungen wurden nur zwei der Wäschbehälter des Schaumlöschfahrzeuges von zusammen 500 Liter Inhalt in Betrieb genommen. Mit der dadurch geförderten, dicken, schaumigen Masse, welche durch die zerbrochenen Schaugläser mittels Stahlrohre in die Kästen und Zwischenräume der Extraktionsanlage geleitet wurde, gelang das völlige Ablöschen des brennenden Benzins und des mit Benzin getränkten Gutes in kurzer Zeit.

Die Explosion ist darauf zurückzuführen, daß die schweren Benzingase aus der Extraktionsanlage im 2. Stock durch den Verbindungsschacht nach dem Schneidengange im 1. Stock, der zum Zwecke der Reparatur schon einige Tage geöffnet war, gewandert waren, wo sich ein explosives Gasluftgemisch gebildet hatte, das durch die glühende Stiftdrahtschraube zur Explosion gebracht worden war. Es kann aber wohl kein Zweifel darüber sein, daß ein mit der Eigenart derartiger Anlagen vertrauter Monteur weniger undurchsichtig vorgegangen wäre. Ein Grund, warum gerade die Stiftdrahtschraube in rotglühendem Zustande eingeschraubt wurde, ist nicht angegeben. War diese ungewöhnliche Arbeitsweise aber nötig, dann hätte man offensichtlich um so eher daran denken müssen, für kräftige und nachhaltige Entlüftung vor Beginn des Einschraubens zu sorgen. Denn daß sich in Anlagen, die mit Benzin arbeiten, nur zu leicht explosions- und feuergefährliche Gase bilden, sollte genügend bekannt sein. Wir sehen aber, daß sich diese Kenntnis in der Praxis doch nicht genügend Bahn gebrochen hat, so daß sich die Verbreitung der Erfahrungen dieser Art um so mehr empfiehlt, als dadurch am besten ähnliche Unfälle verhütet werden.

H. Max Grempe, Berlin-Friedenau.

Papier-Industrie

Kriegsbilanzen.

Seit kurzer Zeit sind auch die letzten Kriegsbilanzen der Aktiengesellschaften der deutschen Papiererzeugungsindustrie an die Öffentlichkeit gelangt. Der unerhoffte Ausbruch der Revolution hat auch der Tätigkeit der Kriegsgewinnler ein jähes Ende bereitet. Trotzdem können die Unternehmer mit den Ergebnissen des letzten Kriegsjahres, das nur noch 10 Monate umfasst, recht zufrieden sein. Für die Papiererzeugungsindustrie bedeutet der Abschluß des letzten Kriegsjahres ebenfalls noch ein recht günstiges Ergebnis, wie aus der nachstehenden Zusammenfassung von 24 Aktiengesellschaften hervorgeht, deren Geschäftsjahr mit Ablauf des Jahres 1918 zu Ende ging.

Unternehmen	Aktienkapital gek. Aktien in Mark	Dividenden	
		in Mark	in Prozent
1	1 000 000	360 000	36
1	1 200 000	252 000	21
4	25 275 000	5 055 000	20
1	4 000 000	680 000	17
4	49 600 000	7 440 000	15
2	6 650 000	931 000	14
2	4 400 000	572 000	13
3	3 100 000	372 000	12
3	8 100 000	810 000	10
1	1 200 000	60 000	5
2	5 000 000		
24	109 525 000	16 532 000	15,094

Außerdem verteilen noch 3 Gesellschaften Sonderdividenden in der Höhe von 5 bis 10 Prozent, so daß die Durchschnittsdividende in Wirklichkeit noch etwas günstiger ausfallen dürfte. Bei Beginn des Krieges gestaltete sich die Durchschnittsdividende der deutschen Aktiengesellschaften in der Papiererzeugungsindustrie folgendermaßen:

Geschäftsjahr	Aktien-Gesellschaften	Aktienkapital in Mark	Durchschn.-Dividende in Prozent
1913	46	82 637 000	6
1914	46	79 843 000	4,1
1915	46	79 050 200	3,1
1916	45	78 829 300	7,4
1917	55	151 272 300	13,9

In der Durchschnittsdividende für 1918 ist auch die Sonderdividende in der Höhe von 1 695, 400 Mark mit eingerechnet, die, trotzdem sie als Sondervergütung an die Aktionäre erstattet wurde, als ausgeschüttete Dividende angesehen werden muß. Die zwei letzten Kriegsjahre können für die Aktionäre zweifellos als „segenreich“ bezeichnet werden. Der Krieg hat nicht nur der Gesamtheit der Aktionäre in der Papiererzeugungsindustrie, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, ansehnliche Gewinne gebracht, sondern auch eine Anzahl jener Unternehmen wieder gesund gemacht, deren Finanzen vor dem Kriege

verheißt standen aber während der Kriegszeit sehr erlitten wurden. In der letzteren gehören auch die Zellstofffabrik Waldhof, die ungewohnte Verluste durch die Vernichtung ihrer russischen Filiale in Bernau erlitten hat, und die Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation in Wschaffenburg, die durch unglückliche Verhältnisse bei Kriegsbeginn rund 8 Millionen Mark, die Hälfte ihres Aktienkapitals, verlor. Aus der nachstehenden Bilanzzusammenstellung, die die drei bedeutendsten Konzerne der deutschen Papiererzeugungsindustrie umfaßt, geht hervor, daß auch Waldhof und Wschaffenburg sich in den letzten Kriegsjahren wieder gut erholt haben. Ohne deren Verluste würde die Durchschnittsrentabilität der gesamten Papiererzeugungsindustrie noch viel glänzender ausgefallen sein, denn beide Werke gehörten schon vor dem Kriege mit zu den rentabelsten Unternehmen der Industrie.

Table with 4 columns: Item, Waldhof (1919), Wschaffenburg (1919), Feldmühle (1919). Rows include 1. Aktienkapital, 2. Forderung und Anteile, 3. Kreditoren, 4. Rücklagen u. Reserven, 5. Gesamtwert der Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Mobilien, Werkzeuge usw., 6. Inventurbestände u. Waren, 7. Kasse, Wechsel, Wertpapiere und Beteiligungen, 8. Debitoren einschließl. Bankguthaben und Vorschüsse, 9. Unkosten, Steuern, Zinsen, Provisionen, Versicherungen, Wohlfahrts-Auswendungen usw., 10. Reingewinn, 11. Abschreibungen auf Anlagen, 12. Reingewinn, 13. Ausgeschüttet f. 1919, 14. Dividenden in Berlin am 31. Dezemb. 1918, 15. Dividenden in Berlin am 30. Juni 1919.

Nach dem Stande der Dividendurkunde vom 31. Dezember 1918 und vom 30. Juni 1919 erfreuen sich die Aktien der drei Gesellschaften Waldhof, Wschaffenburg und Feldmühle in den Kreisen der Finanzwelt immer noch einer besonderen Wertschätzung. Vielleicht darf man daraus die Hoffnung herleiten, daß auch in diesen Kreisen eine baldige Besserung unseres Wirtschaftslebens erwartet wird. Unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ist durch den Mangel an Kohlen, Rohstoffen, Beförderungsmitteln usw. ein erfolgreiches Arbeiten mit einer guten Rentabilität fast unmöglich. Die fortwährenden Betriebsstillstände müssen auf die Extrastärke der Betriebe ungünstig einwirken, so daß die Geschäftsergebnisse des laufenden Jahres, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, wohl etwas dürftiger ausfallen werden.

Tapeten-Industrie

Tapetenarbeiter-Konferenz.

Am 28. September 1919 tagte im „Volkshaus“ in Hannover eine Konferenz der in der Tapeten-Industrie beschäftigten Arbeiterschaft, um zu dem bestehenden Tarifvertrag in der Tapeten-Industrie Stellung zu nehmen. Anwesend waren außer den Vertretern des Vorstandes und der Redaktion, 21 Delegierte aus der Industrie, 6 Vertreter aus den Zögstellen, 2 Gewerkschafter, die beiden Sekretäre der Papier-Erzeugungs- und Verarbeitungs-Industrie. Vom Verband der Lithographen und Stein-drucker nahm Genosse Schubart an der Konferenz teil. Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Papier-Industrie war Kollege Müller (Berlin) anwesend. Der Branchenleiter Kollege Philips ging in seinem einleitenden Referat auf die von vielen Seiten eingegangenen Klagen über die zu niedrigen Lohnsätze ein. Zunächst war es Sache der Kollegen selbst gewesen, sich die für ihre örtlichen Verhältnisse passende Lohnklasse zu schaffen. Außerdem bestand die Möglichkeit, sich mit den Unternehmern über Lohnsteigerungsansprüche zu verständigen. Die Kollegen müssen sich selbst rühren, statt sich lediglich auf die Zentralleitung zu verlassen. An manchen Orten haben unsere Kollegen den Fehler begangen, für einen Teil der Arbeiter eine andere Lohnklasse einzuführen, so daß also für ein und denselben Betrieb zwei verschiedene Lohnklassen in Betracht kommen. Das kann natürlich nicht gehen, denn das gibt Unzufriedenheit unter der Gesamtarbeiterschaft. Über die Zentralleitung ist hieran nicht schuld. In 17 von 46 Betrieben haben die Kollegen bereits einen höheren Lohn als die Mindestsätze des Tarifvertrages vorgezogen. In mehreren Betrieben sind weitere Forderungen auf Lohnregelung gestellt. Um eine einheitliche Regelung zu finden, ist es notwendig, daß man im Rahmen des Reichstarifvertrages Zusätze zu den Mindestlöhnen verlangt. Eine diesbezügliche Resolution besagt: „Die am 28. September 1919 im „Volkshaus“ zu Hannover tagende Konferenz der in der Tapetenindustrie beschäftigten Personen erklärt, die im Tarifvertrag festgelegten Löhne entsprechen nicht den berechtigten Ansprüchen, die Grund der Forderung gestellt werden müssen; das trifft zu in bezug auf Lohnhöhe und Lohnklassen. Der Verband der Papier-Verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation, in Verbindung zu treten und bis zum 30. November außerordentliche Zusätze zu allen Löhnen und Lohnklassen festzusetzen.“

An der hierauf folgenden Aussprache beteiligten sich fast alle Vertreter aus den Betrieben. Es wurde immer wieder betont, daß die Entlohnung ungenügend sei und daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, um der herrschenden Mißstimmung unter der Tapetenarbeiterschaft Einhalt zu tun. Die Notwendigkeit der Kündigung des ersten Reichstarifvertrages wird von mehreren Delegierten eingehend begründet. In seinem Schlußwort betont Philipp, daß ein Ausgleich der Löhne notwendig ist, und empfiehlt, nur eine bedingte Kündigung ins Auge zu fassen, wenn aber die Arbeitgeber unseren berechtigten Wünschen entsprechen, eine Kündigung des Tarifvertrages nicht vorgenommen werden soll. Es wird in diesem Sinne

beschlossen. — Von der Konferenz wurde dann eine Kommission eingesetzt, die die eingelaufenen Forderungen zu prüfen hat und eine einheitliche Fassung der Forderungen vorlegen soll. Der Kommission lagen mehrere Forderungen vor, unter anderem auch neue Vertragsentwürfe, die Löhne bis zu 3,60 Mark pro Stunde vorsahen. Die Kommission einigte sich auf prozentuale Zuschläge, und zwar sollen die am schlechtesten entlohnten Kollegen und Kolleginnen am meisten beachtet werden. Die Konferenz tritt dieser Auffassung bei. Es wird beschlossen, folgende Zuschläge auf die bestehenden Löhne zu fordern: für Drucker an Maschinen bis 4 Farben, ebenso für Grundriker, Radierer, Handdrucker und Färbler 30 Prozent; für Drucker an Maschinen bis 8 Farben und Färbler 20 Prozent; für Drucker an Maschinen über 8 Farben sowie für Lithographen und Präger 10 Prozent; für sämtliche Hilfsarbeiter beiderlei Geschlechts 40 Prozent.

Diese Forderungen sind das mindeste, was erreicht werden muß. Bei Nichterfüllung soll der Tarif gekündigt und neue Forderungen aufgestellt werden. Von einigen Delegierten wird dann noch das Lehrlingswesen besprochen. Von einer sofortigen Regelung wird aber vorläufig abgesehen und soll dies einer späteren Tarifrevision überlassen bleiben.

Keramische Industrie

An die Arbeiterausschüsse in den Ziegeleien.

Von dem sogenannten „Gewertverein deutscher Ziegler“ werden die Ableute der Arbeiterausschüsse fortgesetzt mit allerlei Geschweißel beschäftigt. Die Kollegen, die erst seit kurzer Zeit organisiert sind, werden dadurch manchemal irreführt. Um dem vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, daß es sich bei diesem „Gewertverein“ um die lippische Pastorenzweigung handelt, der sich schon im Frühjahr dem „christlichen“ Keramarbeiterverband angeschlossen hat. Ein „Gewertverein deutscher Ziegler“ existiert also nicht, diese Bezeichnung ist eine falsche Flagge zum Zweck des Wimpelfanges.

Konferenz der Ziegel- und Kalksandstein-Industrie.

Am 21. und 28. September tagten zu Bremen und Albed je eine Konferenz der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der Ziegel- und Kalksandstein-Industrie von Oldenburg, Nordhannover, Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Mecklenburg. Die Konferenzen hatten den Zweck, die Kollegen über die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft zu unterrichten und Maßnahmen für die künftige Form der Organisation und Agitation zu schaffen. Auf der Tagesordnung standen deshalb: 1. Arbeitsgemeinschaft und Tarifwesen, und 2. Organisation und Agitation. Über den 1. Punkt referierte Kollege Berg (Hannover). Er führte aus:

Die Arbeitsgemeinschaft von Arbeit und Kapital ist schon älteren Datums. Beide Faktoren haben schon immer zusammengewirkt, alle ihre Aufgaben gemeinschaftlich gelöst. Es war jedoch keine Arbeitsgemeinschaft der Gleichberechtigung, sondern eine solche zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Herren und Lohnsklaven. Die Arbeiter waren gezwungen, für das Wohlverhalten ihrer Herren zu sorgen, eine Verbesserung ihrer eigenen Existenz war ihnen jedoch unmöglich. Eine Gemeinschaft zur Schaffung des Profits war den Unternehmern angenehmer, eine Gemeinschaft zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse lehnten sie entrückt ab. Die Arbeiter mußten sich damit abfinden, denn sie waren organisationslos und damit machtlos und wehrlos. Wo sie sich aber, durch Not und Elend gezwungen, einmal hinarbeiten ließen, eine Verbesserung ihrer Existenz auf erlaubtem oder unerlaubtem Wege herbeizuführen, fanden den Unternehmern alle Machtmittel zur Verfügung, um diese Bestrebungen niederzuschlagen. Erst die Gründung der Arbeiterorganisationen bildete einen Wendepunkt in diesen Zuständen. Mit dem Ersparnen der Organisation ermußt den mehrfachen Arbeitern eine Macht, mit der sie sich die Mitwirkung bei der Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen. Es entstanden Lohnvereinbarungen und Lohnkassier, die Anfänge der heutigen Arbeitsgemeinschaft. Jeder Lohnkassier bedeutete ein Zurückdrängen der Macht des Kapitals und eine Erweiterung der Macht der Arbeit. Das Tarifwesen ist nichts der Gradmesser der Stärke der Arbeiterorganisationen. Die allgemeine Tarifgemeinschaft der Handwerker läßt deren starke Organisation erkennen, während z. B. die geringe Zahl der Tarife in der Ziegelindustrie ein Spiegelbild der geringen Organisation der Ziegelarbeiter war.

Eine Erweiterung des Tarifwesens ist die Arbeitsgemeinschaft. Die Vorarbeiten zur Schaffung derselben gehen bereits im Frühjahr 1918 ein und waren bis zum November bereits so weit gediehen, daß sie ihre Tätigkeit aufnehmen konnten. Die Arbeitsgemeinschaften sind das Produkt jahrzehntelanger Gewerkschaftsarbeit. Nicht etwa aus rein idealen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen haben die Unternehmern die Hand zu gemeinschaftlicher Arbeit. Die Arbeiterorganisationen schlugen ein aber nicht weil sie den Kampf fürchteten, sondern weil sie sich bewußt waren, daß auch nach der Revolution ein Zusammenarbeiten mit den Unternehmern notwendig sein wird und es im Interesse der Arbeiter geboten erschien, alle Vorteile entgegenzunehmen, die ohne Kampf zu erlangen waren. So kam im November 1918 die Gründung der Arbeitsgemeinschaft zustande, die den Arbeitern die Anerkennung ihrer Organisation, die Kooperationsfreiheit, die Beilegung der Gehälter, die Einführung partieller Arbeitsnachweise, Arbeiterschlüsse und Schlichtungsausschüsse, die Wiederherstellung der Kriegsteilnehmer und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit brachte. Gewiß wäre ein Teil dieser Zugeständnisse auch ohne Arbeitsgemeinschaft von den Arbeitern erzwungen oder erzwungen worden. Es ist aber bei allen Erzwungenheiten nicht ohne Bedeutung, ob sie auf größeren oder geringeren Widerstand der Unternehmer stießen.

Nun steht zweifellos fest, daß ohne die starken Organisationen der Arbeiter die Arbeitsgemeinschaft nicht entstanden wäre. Eine unbedeutende Organisation konnte den Unternehmern nichts schaden und nichts nützen. Die Macht und Stärke der Organisationen waren also die Veranlassung zu dem Angebot der Unternehmern. Die Arbeitsgemeinschaft wird deshalb für die Arbeiter auch nur so lange von Nutzen sein, als die gegenwärtige Macht der Organisation keine Schwächung erährt. Die Arbeiter haben mithin ein Interesse daran, die Organisation nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen und finanziell zu stärken. Denn auch bei friedlichen Vereinbarungen ist das Machtverhältnis der einzelnen Faktoren ausschlaggebend. Die Arbeitsgemeinschaft wird auch nicht alle Lohnkämpfe beilegen. Wenn alle friedlichen Mittel und Instanzen bei den Verhandlungen versagen, dann wird der Lohnkampf einzuweisen müssen. Die Kampfpause, die durch den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen eintritt, ist deshalb auszunützen, um einmal die Organisation nach außen und innen auszubauen, um aus den jetzigen neu gewonnenen Gewerkschaftsmitteln gewerkschaftliche Maßnahmen zu machen, und dann, um gewerkschaftliche Aktionen zu sammeln. Geht dies, so werden die Kämpfe geringer und die Erfolge größer werden. Die Arbeitsgemeinschaft gestaltet sich damit zu einem Mittel, das uns der Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen wesentlich näher bringt. Voraussetzung dabei ist jedoch immer die Kampfbereitschaft und Kampfstärke der Organisation.

Über den 2. Punkt: „Organisation und Agitation“ referierte Kollege Schwa r z (Hannover). Dazu führte er aus: Das Hauptziel der gewerkschaftlichen Organisation ist die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dieses ist jedoch ein gutes Organisationsverhältnis voraus. Die Wogen der Revolution haben nicht nur die Organisationen der Arbeiter geführt, auch die Unternehmervereine haben ein bedeutendes Anwachsen zu verzeichnen. Den Arbeitern steht also noch immer die gefährliche wirtschaftliche Macht der Unternehmern gegenüber. Wenn es gelingt gibt es auch heute noch Arbeiter, die glauben, ohne Organisation auskommen zu können. So wurde vielfach von den Kommunisten ein Flugblatt verbreitet, das offen zur Herabwürdigung der Gewerkschaften aufrief. Daß die Herabwürdigung der Gewerkschaften gefährdend ist zu

der Zerstörung der Arbeiterschaft, kommt diesen Herrschaften jedenfalls nicht zum Bewußtsein. Die Zerstörung soll durch Massenaustritte, Spernung der Beiträge und Foklierung der Organisationsleitungen vor sich gehen. Um die Massenaustritte zu ermöglichen, sollen sich die Mitglieder der Kommunisten in den Gewerkschaften beteiligen, Stimmung gegen die Leitung erzeugen, Anhänger werden und dann den Austritt beschließen. Angehts dieser verblendeten Bestrebungen, die sich allerdings breit machen, erhebt der Kapitalismus wiederum sein Haupt. So manche Willkür der Unternehmer, die beim Ausbruch der Revolution abgelegt wurden, kommen wieder zum Vorschein. In Betrieben, in denen es an geschlossener Organisation mangelt, schaltet und waltet schon wieder die Willkür der Unternehmer und deren Soldlinge. Sollten die Zerstörungsversuche der kommunistischen Willkür einen nennenswerten Erfolg haben, so werden die Unternehmer die Ausnutzung bald daraus ziehen, indem sie den Forderungen der Arbeiter größeren Widerstand entgegensetzen. Daraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften auch in Zukunft für die Arbeiter eine unentbehrliche Waffe darstellen, wenn diese nicht wieder in das alte Elend zurückverfallen wollen.

Die Gewerkschaften werden weiter durch das Betriebsräteystem, noch durch die Sozialisierung überflüssig gemacht. Die Betriebsräte bleiben ohne die Stütze der Organisation bedeutungslose Figuren, und ihre Aufgaben erhalten nur papierenen Wert. Nach der Sozialisierung der Betriebe bedürfen die Arbeiter ebenso wie heute eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Das beweisen am besten die Arbeiter in den Gemeinde- und Staatsbetrieben, die der treibenden Kraft der Organisation ebenfalls bedürfen, wenn sie voranschreiten wollen.

Nachdem ist jedoch vor allem die einheitliche Organisation. Dabei können wir uns die Unternehmer zum Vorbild nehmen. Bei ihnen gibt es keine christliche, keine katholische und keine nationale Jesuiterei. Einseitig sind sie organisiert, wie es ihr Geldbeutel erfordert. Sie wissen, daß bei der Beratung ihrer Interessen ihr Seelenheil keinen Schaden erleidet, auch wenn dabei einmal ein guter Christ neben einem schlechten Juden, oder umgekehrt, zu sitzen kommt. Bei den Arbeitern ist das natürlich etwas anderes. Die können wohl ihr ganzes Leben nebeneinander arbeiten, aber einer Organisation angehören, das geht nicht an. Da könnten sich die christlichen Arbeiter die ewige Verdammnis ziehen. Sie müssen deshalb „christlich“ oder „einfach“ sein. Welche Mittel dabei angewandt werden, zeigt uns ein Beispiel aus Twistringen. Dort empfahl ein Geistlicher den Frauen bei der Ohrenbeiseite, ihren Männern den ehelichen Verleß zu verweigern, wenn sie sich dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen. Selbstverständlich legten die Arbeiter gegen diese „christlichen“ Uobergriffe des Seelsorgers Beschwerde beim Kantonsminister ein. Wenn die Geistlichen den Unternehmern Frauen ähnliche Zumutungen stellen, sie würden ihren Bündel wohl bald schmären können. Aber den Arbeiterfrauen darf man solch unerhörtes Ungehöriges stellen. Wie lange lassen sich die Arbeiter noch demart beordern?

Auch der evangelisch-katholische Gewertverein der lippischen Ziegelarbeiter verfuhr seine Verspöhrungsarbeit unter die Arbeiter zu bringen. Unter der gefälschten Legitimation eines „Gewertvereins deutscher Ziegler“ schlich er sich an die Ableute der Arbeiterausschüsse in den Ziegeleien heran, um Geschäfte zu machen. In einem Flugblatt ergrühte er von Erfolg. Wenn er diese namentlich ausführen sollte, würde er wohl stark in Verteggenheit geraten. Mit unseren Tarifschlichtungen kam er hin und wieder auch mit einigen Mitgliedern in Frage. Diese Ausschüsse bucht er als seine Erfolge und geht damit hausieren, obwohl er daran vollkommen unschuldig ist. Die Ziegelarbeiter werden sich einmal über die Frage klar werden müssen, ob ein solches Gebilde in der heutigen Zeit noch Anspruch auf Existenz hat.

Die Schaffung einer Einheitsorganisation ist das Gebot der Stunde. Für Quereiser und Drückerger darf es keinen Raum mehr geben. Um das zu erreichen, soll im nächsten Jahre eine gründliche Agitation erfaßt werden. Schon im Winter muß die Einleitung der Agitationsbezirke und der dazu erforderlichen agitatorischen Erfolge erfolgen. Jeder Kollege muß auf seinem Posten sein, um im Frühjahr sofort mit der Arbeit zu beginnen. Ein Flugblatt soll ihnen dabei behilflich sein. Im Laufe der Kampagne soll dann die monatliche Flugchrift „Die Ziegelarbeiter-Revolution“ wieder herausgegeben werden, um die gewonnenen Kollegen auch innerlich für die Organisation zu festigen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Tarifvertrag für Schleswig-Holstein, Oldenburg, Nordhannover, Ostpreußen und Mecklenburg, der am 3. Oktober abläuft, bis zum 1. März 1920 zu verlängern. Dabei soll eine entsprechende Lohnsteigerung gefordert werden. Zur Erzielung der dafür erforderlichen Arbeiten wurde eine Tarifkommission gewählt, die auch bei den Verhandlungen zugegen sein soll.

Lohnabschluß in der Kölner Ziegelindustrie.

Nach langen Verhandlungen ist es in der Ziegelindustrie mit Hilfe des Schlichtungsausschusses zu einer Einigung gekommen. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen: Majestäten, erste Brenner, Former, Einwerfer, Aufzähler und Sezer erhalten pro Stunde 2,40 Mk., Brenner, Absezer, Abseizer, Einsezer, Sehmaler und Pader 2,25 Mk., Hilfsarbeiter von 18 Jahren an und Bestlarrenschieber 2 Mk., jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren 0,90 bis 1,70 Mk., Arbeiterinnen vom 17. Lebensjahre an 1,40 Mk., unter 17 Jahren 0,90 Mk. Diese Löhne werden vom 8. August an nachgezahlt. Wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, bleiben diese bestehen. Die Vereinbarung erstreckt sich auf den Stadt- und Landkreis Köln sowie den Landkreis Mülheim.

Unfälle.

Ein schwerer Unfall hat sich am 15. September in der Ziegelei Kolbermoor ereignet. Unser Mitglied, der 17jährige Kollege J. A. Hansen, hatte einen Riemen zu reparieren. Hierbei wurde er von der Transmissionsen erfaßt und in Stücke gerissen. Deshalb wurde nicht die Maschine abgestellt während der Vornahme der Reparatur? Gut Habber, ohne Meldung zu machen, die Reparatur vorzunehmen? Solche immer wiederkehrende Unfälle können nur vermieden werden, wenn die Vornahme selbständiger Reparaturen von Riemen verboten wird. Wird in jedem Falle eines Riemenbruchs dem Meister, Vorarbeiter, oder wer dafür bestimmt ist, Meldung erstattet, so übernimmt dieser die Verantwortung. Er soll für Abstellung der Maschine sorgen oder durch eine Vorrichtung den Riemen freilegen lassen, daß er während der Reparatur mit der Transmissionswelle nicht in Berührung kommt.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Kriegsgefangene, wahret eure Rechte!

Nach Ausbruch des Krieges hat nur ein kleiner Teil der Kriegsteilnehmer dem Rechte, die freiwillige Mitgliedschaft bei der Krankenkasse aufrechtzuerhalten, Gebrauch gemacht. Da nun jetzt unsere Kriegsgefangenen heimbeordert werden, so wollen wir darauf aufmerksam machen, daß sie nach dem Kriegsgesetz vom 4. August 1914 und im Anschließ daran erlassener Bundesstaatsverordnungen vom 28. Januar 1915 und 16. November 1916 das Recht haben, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat der jetzigen Krankenkasse, der sie bei der Einberufung zum Heere angehört haben, in einer beliebigen Lohnstufe als freiwilliges Mitglied wieder beizutreten. Der Wiedereintritt in die Krankenkasse darf den entlassenen Kriegsteilnehmern, wozu auch die Kriegsgefangenen zählen, selbst dann nicht verweigert werden, wenn sie teilweise oder gar gänzlich erwerbsunfähig sind. Die Aufnahme etwa von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig zu machen, ist also nicht zulässig. Die Krankenkassen müssen jetzt jeden kranken oder verwundeten Kriegsteilnehmer innerhalb sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat aufnehmen und ihn im Bedarfsfalle unterstützen. Dies ist eine große Vergünstigung für die zur Entlassung gekommenen Kriegsteilnehmer, namentlich auch für die jetzt heimbeordneten Kriegsgefangenen.

Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es gar nicht abzusehen, wann die entlassenen Kriegsgefangenen in Arbeit treten

können. Deshalb ist der Wiedereintritt in die Krankenkasse für sie von großem Wert. Namentlich aber trifft dies für kranke und erwerbsunfähige Kriegsgefangene zu, die sofort nach dem Eintritt in die Kasse schon unterstützungsbedürftig werden. Mögen sie nun in ihrem eigenen und im Interesse der Familie sofort nach ihrer Rückkehr in die Heimat von dem Rechte des Wiedereintritts in ihre frühere Krankenkasse Gebrauch machen.

Für Rentempfänger.

Allen Empfängern einer Invalidenrente, Altersrente oder Krankenrente, soweit sie sich im Inland aufhalten, wird für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis einschließlich Dezember 1920 eine Zulage von 20 Mk. monatlich, allen Empfängern einer Witwenrente oder Witwenrente und einer Witwenfrankenrente eine Zulage von 10 Mk. monatlich im voraus neben ihren sonstigen Renten gezahlt. Die bisherigen Zulagen von 8 Mk. und 4 Mk. monatlich fallen mit Ende September 1919 fort. Besondere Zulagequittungen sind künftig nicht mehr erforderlich. Der Rentenbetrag nebst Zulage ist in der Quittung in einer Summe anzugeben.

Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919.

Artikel 1.

§ 1 der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 erhält im ersten Satze des ersten Absatzes die folgende Fassung:

Alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büreaus und Verwaltungen sind verpflichtet, auf fünfundzwanzig bis einschließlich fünfzig insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten und auf je fünfzig weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen.

Der zweite Absatz des § 1 der Verordnung vom 9. Januar 1919 fällt fort. Diese Verordnung tritt am 24. September 1919 in Kraft.

Konferenz für den Gau I (Hannover).

Am 28. und 29. September d. J. fand im Volkshaus in Hannover eine Zahlstellenkonferenz statt, an der von 58 Zahlstellen 77 Delegierte, 2 Vertreter vom Vorstand und 4 Vertreter vom Gauvorstand teilnahmen. Der Gauleiter Kollege Prühl begrüßte die Anwesenden und hofft, daß die heutige Konferenz dazu beitragen möge, wichtige Fragen zu klären.

Die Tagesordnung war folgende:

1. Die Entwicklung im Gau I seit dem 9. November. (Referent: Kollege Prühl und Kollege Seuffel.)
2. Der Wiederaufbau des Wirtschaftslbens und die Gewerkschaften. (Referent: Kollege Seuffel.)
3. Die Aufgaben der Betriebsräte. (Referent: Redakteur Kollege Sebastian Prühl.)
4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 berichtet Kollege Prühl die sprunghafte Zunahme der Mitglieder in den Gewerkschaften, insbesondere in unserem Verbande. Gatten wir im 3. Quartal 1918 nur wenig über 100.000 Mitglieder, so waren es im 3. Quartal 1919 weit über 500.000, nicht in letzter Linie ist der Gau I daran beteiligt. Von 11.230 im 3. Quartal 1918 stieg die Mitgliederzahl auf über 43.000 im 2. Quartal 1919. Es ist ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet worden, daß es noch lange nicht alles getan, was getan werden mußte. Vor allen Dingen mußte verstanden werden, die vielen neugewonnenen Kolleginnen und Kollegen mit dem Gedanken der Organisation vertraut zu machen. Ein großer Teil ist wohl hauptsächlich aus sekundären Gründen zu uns gekommen und nicht aus idealen.

Gatten wir im 3. Quartal 1918 647 Eintritte im Gau zu verzeichnen, so waren es im 4. Quartal bereits 8636, im 1. Quartal 1919 16.445 und im 2. Quartal 19.983. Zahlstellen hatten wir im 3. Quartal 1918 43 und im 2. Quartal 1919 76. Vom 1. Januar bis 15. September d. J. wurden 173 Tarife abgeschlossen. Hierin sind diejenigen Zahlstellen die Angehörige haben, nicht enthalten, so daß noch ein erheblicher Teil hinzukommt. Um letztes abgelaufenen waren 2708 Schriftsätze, 190 Verhandlungen und 156 Betriebsverhandlungen notwendig, außerdem war die Anwesenheit des Gauleiters in 87 Mitgliederversammlungen notwendig. Dies aus kann jeder mit Leichtigkeit erkennen, was für ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet ist, und bitter Bedauer, in der Kräfte davon abzuhängen zu müssen.

Über die Lohnbewegungen referiert Kollege Seuffel. Er führt aus: Kollege Prühl habe von viel Seiten gesprochen, er sei sehr begeistert gewesen, in Wirklichkeit sei es viel mehr, vor allen Dingen mußte von den Zahlstellen verlangt werden, bei allen Wünschen und Forderungen sich möglichst kurz zu fassen. Besonders sei zu vermerken, daß viele Bemerkungen über die Höhe der Lohnbewegungen hinweg schiefständig vorgehen, in Zukunft können solche Fälle mehr berücksichtigt werden und die Gewerkschaft die Verantwortung nicht übernehmen. Darin dieses schwindende Korrosion sei der Fall zu verzeichnen, daß in mehreren Tarifverträgen die Kollegen anstatt des Lohnes die doppelte Lohnzahlung für zulässig erlitten. Letzteres ist unter allen Umständen zu verurteilen, denn der Lohn sei notwendig zur Erhaltung.

Für die Zuckerfabriken ist der Belegschaft abgeschlossen. Wenn man die Forderungen betrachtet, wie sie bisher in der Zuckerindustrie lagen, dann kann man den Wunsch als einzigartig günstig betrachten. Es müßte nur darauf gesehen werden, alle Zuckerfabriken, wo wir noch nicht Fuß gefaßt haben, für uns zu gewinnen. Weder erklärt, keine große Kraft zur Verfügung zu stellen, um letztes zu erreichen. Auch für die Papierindustrie solle demnach der Belegschaft zum Abschluß gebracht werden. Es besteht auch hier die Hoffnung, daß etwas Bestimmtes erreicht werden könne. Weder sagt sich dahin zusammen, daß alles versucht werden müsse, um auf allen Gebieten günstige Ergebnisse zu erzielen. Letzteres sei nur möglich, wenn alle Bemerkungen und Forderungen ihr möglichstes tun.

Zu der Diskussion wünschenswert (Remond), daß immer der Arbeiterwille bei Tarifabschlüssen berücksichtigt wird. Letzteres sei nicht immer geschehen.

Kollege Schatz (Minden) teilt mit, daß die Leipziger Ziegler noch 10 Stunden arbeiten. Die Schuld trage wohl hauptsächlich der Leipziger Gewerkschaft. Es müßte versucht werden, alle Ziegler im Zentralarbeiterverband zu organisieren und auch hier den Lohnkampf einzuführen.

Kollege Schatz (Hannover) hält es für notwendig, die richtige Sachlage bei Lohnabschlüssen, wie sie im Wirtschaftslben liegt, zu klären, um neue Kollegen zu überzeugenden Argumenten der Gewerkschaften zu machen. Die Behauptung Schatz, daß der Gewerkschaft die Schuld trage, sei nicht richtig, sondern die Lohnmangelhaftigkeit mit der Arbeiter die Verantwortung sei das Leidenswort gewesen für den Lohnkampf der Ziegler. Weder müßte versucht werden, bei Lohnabschlüssen den Lohn zu legen, daß der Arbeiter des Lohnmangelhaftes Lohnes zwischen gewerkschaftlichen Arbeitern nicht zu groß ist. Kollege Prühl (Hannover a. S.) wünschenswert, daß die Gewerkschaft die Verantwortung nicht nur für die Beschäftigung der Arbeiter trägt, sondern auch für die Beschäftigung der Arbeiter.

Zu Punkt 2 referiert Kollege Seuffel (Hannover). Vor dem Kriege waren die Lohnbewegungen sehr unruhig und die Arbeiter litten in hohem Maße. Die Zeit der Organisierung war sehr gering in den uns zur Verfügung stehenden. Vor Ausbruch des Krieges hatten wir ein lebendiges Wirtschaftslben. Durch den Krieg und den Kampf um den Lebenskampf haben wir mit vieler Mühe an erster Stelle unsere gewerkschaftliche Industrie sowie Betriebe, die Kapitalisten haben dabei einige Gewinne erzielt, und die Arbeiterklasse war nicht genügend beteiligt, um sich einen Teil dieser Gewinne zu sichern. Jetzt nach der

Revolution soll das Vermächtnis alles nachgeholt werden. Da nun unser Wirtschaftslben schwer darniederliegt, ist das sehr schwer. Der Krieg hat durch die Schuld des kapitalistischen Imperialismus unser ganzes Wirtschaftslben zum Erliegen gebracht. Darum muß versucht werden, mit allen Mitteln zu überwinden, daß die Kriegsgewinne wieder die Oberhand bekommen. Wir müssen versuchen, wieder aufzubauen, so gut es geht. Hier türmen sich uns schwere Hindernisse entgegen. Vor allen Dingen fehlen die Transportmittel. Wenn wir wieder konkurrenzfähig werden wollen, müssen wir bereits, die einen politischen Hintergrund haben, unter allen Umständen beschaffen; die Arbeitsgemeinschaften haben sich gut bewährt.

Über die Sozialisierung sind wir alle einig, nur über die Wege gehen die Meinungen auseinander. Das Gesetz über die Betriebsräte ist der erste Schritt dazu. Eine festgesetzte Organisation muß dafür sorgen, daß alles in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Die Arbeiterausschüsse und Betriebsräte müssen aufgestellt werden, damit sie in der Lage sind, später einen Betrieb praktisch leiten zu können. Die Erfahrung in anderen Ländern hat bewiesen, daß die Umwandlung nötig ist.

Zu Punkt 3 referiert Kollege Prühl. Er führt aus: Die Betriebsräte haben noch keine Praxis hinter sich, infolgedessen könne man nur an der bisherigen Tätigkeit der Arbeiterausschüsse den Maßstab anlegen. Letztere seien die Vorläufer der Betriebsräte; es kommt nicht auf das Gesetz selbst an, sondern auf den Geist, der in den Betriebsräten steckt, der macht lebendig und ist maßgebend für die Ausübung des Gesetzes, zum Beispiel bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern, Aufstellung der Arbeitsordnung, Sicherung der Koalitionsfreiheit, Durchführung der Unfallberufungsvorschriften usw., im großen und ganzen bietet der Entwurf, abgesehen von einigen Punkten, die nicht in unserem Sinne sind, der Arbeiterschaft bedeutende Vorteile. Letztere müssen mit Hilfe der Organisation richtig ausgenutzt werden.

Zu Punkt „Verschiedenes“ wünschenswert Brinkmann (Mels), daß im Frühjahr nächsten Jahres eine Konferenz der Zuckrarbeiter stattfinden. Weiter sei notwendig, vor dem nächsten Verbandstage wieder eine Zahlstellenkonferenz anzuberäumen. Im Schlußwort führt Kollege Prühl aus, im großen und ganzen hat die Konferenz sehr viel Gutes und Belehrendes gebracht. Mögen die amwesenden Funktionäre dafür sorgen, daß die Gedanken, die hier zum Ausdruck gebracht sind, hinausgetragen werden ins Land zu fruchtbringender Arbeit, dann wird es möglich sein, ein neues Deutschland zu zimmern.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hoberröhrsdorf. Der Segen der Fabrikwohnungen. Wenn die Gewerkschaften in ihren jahrelangen Kämpfen immer und immer wieder darauf hingewiesen haben, daß die Fabrikwohnungen nur dazu benutzt werden, um die Leute an den Betrieb zu fesseln und sie um so leichter ausbeuten zu können, so haben die Arbeitgeber Peter und Morbio geantwortet über die Verbände, die das gute Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber durch ihre Reden stören. Daß wir mit unserer Kritik vollständig recht haben, zeigt wieder ein Fall, der sich an einem Hoberröhrsdorf ereignet hat. In der dortigen Tierkörperverwertungsanstalt arbeitete der Fleischer Scholz, der neben dem kolossalen Wochenlohn von 40 Mark auch den Genuss der freien Wohnung hatte. Infolge Lohnhöherungen schied er aus seinem Arbeitsverhältnis aus, und sofort wurde er auch zur Räumung der Wohnung aufgefordert. Nun weiß ich jeder, daß nicht nur in der Stadt, sondern auch in allen Orten des Kreises ein starker Wohnungsmangel besteht. Deshalb war es auch Scholz nicht möglich, bald eine andere Wohnung zu finden, trotzdem er von einer Stelle zur anderen lief und sich die größte Mühe gab. Bemerkenswert muß werden, daß der Pächter der Wohnung gar nicht beachtet, da er einen Ersatz für den Scholz noch nicht hat, und doch klagte er vor dem Amtsgericht Hirsberg auf Räumung der Wohnung. Mit Hilfe eines Rechtsanwalts hat Herr Scholz seinen Zweck erreicht. Die Folge war, daß der Fleischer vom Gericht zur Räumung der Wohnung binnen 48 Stunden zu räumen, oder er mit seinen zwei kleinen Kindern im Straßengraben kumpieren müsse oder nicht, das kümmerte die Herren gar nicht. So werden die Arbeiter wie Hunde mit ihren Familien auf die Straße geworfen, wenn sie es wagen, gegen die Selbstherrlichkeit der Unternehmer aufzutreten. (Gibt es denn dort kein Metzgereiungswesen? D. Red.)

Groß-Särchen. Die Norddeutschen Lederpappenfabriken in Groß-Särchen zahlten vor dem Kriege einen sehr niedrigen Lohn. Frauen jährlich 12 Pf., Männer 25 Pf. Bei Kriegsausbruch wurde dieses Lohngehalt auf 1 Mk. täglich für Männer reduziert, und ist auch mehrere Wochen dafür gearbeitet worden. Die neue Direktion ließ dann, wohl hauptsächlich des Arbeitermangels wegen, mit der Zeit einige kleine Aufbesserungen erfolgen, welche aber auf keinen Fall genügen. Anfang Februar dieses Jahres standen Maschinenführer auf circa 50 Pf. die Stunde, gewöhnliche Arbeiter entsprechend niedriger. Die Leute der anderen Firma, welche bei dem Bau beschäftigt waren, erhielten 1,30 Mark die Stunde. Das brachte es endlich so weit, daß die Arbeiterhaft auf Abhilfe drang. Wir sind keine Illusionisten, sondern besonnene ruhige Arbeiter und versuchten mehrmals, einen Tarifvertrag mit der Direktion abzuschließen; der Firma waren aber die Forderungen zu hoch, und es kam zu keiner Vereinbarung. Nach langwierigen Verhandlungen kam es endlich zum Tarifabschluß. Wir gehören nunmehr zur zweiten Klasse. Da wir keine Teuerungszulagen erhalten, so ist der Lohn gewiß nicht zu hoch. Unsere Zahlstellenleitung hat einen guten Teil des Erfolges sich selbst zuschreiben. Trotz Anstrengungen läßt sie aber den Mut nicht sinken, sondern wirkt weiter zum Besten der Arbeiterklasse der Norddeutschen Lederpappenfabriken.

Verbandsnachrichten.

Das Jahrbuch 1918.

ist erschienen und an Zahlstellenleitungen mit der Nr. 40 des „Proletarier“ in je einem Exemplar zugegangen. Allen Funktionären leistet das Jahrbuch gute Dienste, wenn es gelesen und der Inhalt zur rechten Zeit und am rechten Ort verwertet wird. Zahlstellen, die mehrere Jahrbücher benötigen, wollen alsbald ihre Bestellungen beim Hauptverband aufgeben.

Zur Beachtung.

Bei Mitteilungen und Materialbestellungen wolle man nicht unterlassen, neben Namen und Wohnort des Bestellers, auch die Zahlstelle anzugeben. Es treten sonst unangenehme Weiterungen ein. Mit Gruß Der Vorstand.

Unfall-Unterstützungskasse für Verbandsfunktionäre.

Zur Kenntnis der neu gegründeten Zahlstellen und der nicht orientierten Ortsverwaltungen sei hier mitgeteilt, daß der im Jahre 1912 in Dresden abgehaltene Verbandstag beschlossen hat, für alle Kollegen und Kolleginnen, die im Antrage des Verbandes, d. h. des Vorstandes, der Gauleitung oder der Ortsverwaltung tätig sind, eine Unfallversicherung zu schaffen. Diese Versicherung gewährt allen denen, die bei Ausführung einer Tätigkeit für den Verband einen Unfall erleiden: 1. Krankengeld; 2. Invaliden-Unterstützung; 3. Witwen-Unterstützung; 4. Sterbegeld.

Diese Versicherung ist zugleich ein Schutz für die Zahlstellen gegen Rechtsansprüche, die aus solchen Unfällen hergeleitet werden könnten.

Zu dieser Unterstützungsstelle haben die Zahlstellen, die ihre Funktionäre versichert haben, einen jährlichen Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied aus der Zahlstelle zu entrichten. Die Zahl der Mitglieder wird aus der Abrechnung vom 3. Quartal festgesetzt.

Die näheren Bestimmungen über Erwerbung der Mitgliedschaft über Prüfung usw. können nachgelesen werden im Protokoll

der Verbandstage 1912 auf Seite 191 und 1914 auf Seite 251. Außerdem können vom Vorstand die Bestimmungen bezogen werden.

Mit der Abrechnung vom 3. Quartal 1919 sind die Beiträge für die Unfallunterstützungskasse der Verbandsfunktionäre wieder fällig und folglich mit einzusenden.

Erfolge die Beiträge separat einzusenden.

F. r. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingelangt:

Mains, Werder, Laubach, Helmstedt, Garburg i. Schw., Neuburg a. S., Fürfurt, Hensburg, Neuruppin, Bernigerode, Münster i. W., Bloß, Heidenich, Fladow, Freyburg, Rheinsberg, Aita-Wald, Lebnwalde, Konstant, Altenbrat, Biegenrad, Bitterfeld, Pulvertrog, Magdeburg, Garburg a. d. E., Garz, Badersleben, Zäperwunde, Wabersleben, Garburg, Schwebitz, Prenzlau, Müstau, Völk, Günzburg, Berg a. d. Elster, Bräß, Fied b. Vengries, Kroponie, Stiebnitz, Henschelberg, Sperenberg, Dirschau, Wielau, Mietrachung, Soltau, Neuhaldensleben, Treuenbrietzen, Feiß, Wittenberge, Kehn, Sebnitz, Neu-Jstadt a. d. Elbe, Stotsheim, Pöggelheim, Vendingen, Greiz.

Vom 27. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Rudwigshafen 10.000,—	Grünstadt 1.000,—	Eisenberg (S.-A.) 4.000,—	Barmen 4.000,—	Witten 1.450,—	D. 1.—	Neustadt (O.-Schl.) 700,—	Frankfurt a. b. D. 4.000,—	Leipzig (Osp.) 567,51.	Hirsch 166,40.	Singen 75,—	Frankfurt a. d. D. 55,—	Löhne 16,50.	Emmerich 11,—	München 6,90.	Riel 4,—	Ergoldsbach 1,50.	Garburg i. Schw. 544,90.	Frankfurt a. M. 311,—	Neuß 55,—	Heidelberg 29,50.	Angerburg —,75.	Wienitz —,50.	P. 167,45.	Waltershausen 1.500,—	Kolberg 1.400,—	Wart 1.000,—	Alt-Parbe 125,55.	Rheinsberg i. d. M. 971,62.	Siebenwalde 277,70.	Stuttgart 7,50.	Altbrud 300,—	Helmstedt 588,35.	Schiff a. M. 23.570,88.	Halle a. d. S. 3.600,—	E. 451,95.	E. 266,70.	Sch. 88,75.	Wreitshheit 1080,96.	Pulvertrog 790,50.	Ober-Röbersdorf 103,20.	Seibronn 21,50.	Neuburg a. d. D. 1135,17.	Wienitz 9,—	Kottbus 5.000,—	Reutlingen 1100,—	Saarau 3.000,—	Aue i. Ergg. 1.500,—	Baugen 3.000,—	Habelschwerdt 2.000,—	Nürnberg 23.867,77.	Guben 1.000,—	Seibronn 3800,—	Heidenich 500,—	Dubersdorf 350,—	Seeshaupt 266,—	Malchow i. M. 250,—	Seifersmühl 245,50.	Dirschau 212,95.	Dörntrop 150,—	Jell 135,69.	Wabersleben 96,77.	Günzburg 25,—	Altenbrat 5,90.	B. M. 14,35.	Leinbach 2927,28.	Aue i. Ergg. 800,—	Gümmersbach 994,82.	Rehrud 504,44.	Wendorf 500,—	Berleberg 396,77.	Teiff 382,82.	Treuenbrietzen 300,05.	Dorfen 275,15.	Dramburg 104,93.	Garz 96,—	Riebenburg 76,75.	Feiß —,70.	Riegenrad 793,34.	Magdeburg 8101,12.	Werder a. d. S. 2018,59.	Bräß 289,57.	Mittenthal 935,35.	Althalensleben 1274,52.	St.-Krosenburg 90,38.
-----------------------	-------------------	---------------------------	----------------	----------------	--------	---------------------------	----------------------------	------------------------	----------------	-------------	-------------------------	--------------	---------------	---------------	----------	-------------------	--------------------------	-----------------------	-----------	-------------------	-----------------	---------------	------------	-----------------------	-----------------	--------------	-------------------	-----------------------------	---------------------	-----------------	---------------	-------------------	-------------------------	------------------------	------------	------------	-------------	----------------------	--------------------	-------------------------	-----------------	---------------------------	-------------	-----------------	-------------------	----------------	----------------------	----------------	-----------------------	---------------------	---------------	-----------------	-----------------	------------------	-----------------	---------------------	---------------------	------------------	----------------	--------------	--------------------	---------------	-----------------	--------------	-------------------	--------------------	---------------------	----------------	---------------	-------------------	---------------	------------------------	----------------	------------------	-----------	-------------------	------------	-------------------	--------------------	--------------------------	--------------	--------------------	-------------------------	-----------------------

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Rheinsberg i. d. M. 9,40. Altarbe 3,55. Siebenwalde 2,65. Feiß 115,—. Wittenberge 15,10. Schwebitz 13,75. Pulvertrog 10,35. Sachsendorf 2,70. Magdeburg 253,55. Radeberg 38,95. Leipzig 420,20. Prenzlau 6,05.

Schluß: Sonnabend, den 4. Oktober, mittags 12 Uhr.

F. r. Brun s, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten:

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Augsburg	40 Pf.	30 Pf.	
Naaisch-Reinolden	20 "	20 "	1. Okt. 1919
Danzig	40 "	25 "	"
Dorfen, Oberbayern	40 "	25 "	"
Eberswalde	10 "	5 "	"
Altd. Post Vengries	20 "	20 "	"
Bloß, Oberpfalz	25 "	20 "	"
Forchheim, Oberfranken	20 "	15 "	"
Freitalwald	20 u. 25 Pf.	10 "	1. Nov. 1919
Greiswald	10 "	5 "	1. Okt. 1919
Greiz-Döhlau	20 "	15 "	15. Okt. 1919
Grüfeld	25 "	25 "	"
Konstanz	25 "	10 "	1. Okt. 1919
Mietrachung	25 "	25 "	"
Mühlendeb	10 "	10 "	"
Osternleben	10 "	10 "	"
Posdam	15 "	15 "	"
Priebus	20 "	15 "	"
Rebenleben, Oberbayern	40 "	25 "	1. Nov. 1919
Riebenburg	20 "	20 "	"
Schongau am See	15 "	15 "	"
Schweidnitz	10 "	10 "	"

Es haben sich verschmolzen die Zahlstellen Weiskauer, Rietzen, Niesitz, Hoyerwerda, Priebus und Groß-Särchen mit Muskau. Günzburg mit Augsburg. Simbach mit Mühlendorf, Oberbayern.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Atern. 2. Bevollmächtigter Hermann Stölze, Seefeld 26. Wabersleben. 1. Bev.: Otto Weiland, Lehmlule. 2. Bev.: B. Schönwaldt, Leizh.
Greif. Geschäftsführer Wilhelm Busch, Breite Straße 26 (Volkshaus).
Dinslaken, Rheinland. (Gau 14.) 1. Bev.: Otto Dorau, Loberg b. Dinslaken (Biegelei) 3. — 2. Bev.: Wilhelm Soll, Loberg b. Dinslaken, Biegelei 3.
Greiz-Döhlau. 1. Bev.: Bruno Arnold, Köpferthal b. Greiz. Altwewda. 1. Bev.: Paul Ahlburg, Berliner Straße 14. — 2. Bev.: Hermann Diele, Niehla, Friedrichstraße 132.
Halberstadt. 1. Bev.: Friedrich Wilhelm, Bei den Spritzen Nr. 13.
Münchereifel. 1. Bev.: Wilhelm Dhlert, Leizhstraße 301. Oberlausitz (Gau 13.) 1. Bev.: Hermann Schwenzer, Lahnstraße 3. — 2. Bev.: Fritz Roll, Niederlausitz, Lahnstraße 5.
Dechriwindel. 1. Bev.: Philipp Genthaler, Winkel, Rheingau, Kapellenstraße 9.
Königsbr. Bez. Dresden. 1. Bev.: Herm. Wende, Königsbr. 115. Pahlsh. 1. Bev.: Hans Risch, Pahlen.
Rheinsberg, Mark. 1. Bev.: Karl Leuendorf, Rheinsberg, Lange Straße 48. — 2. Bev.: Otto Krause, Rheinstraße 3.
Stuhm-Neudorf i. Westpr. (Gau 5.) 1. Bev.: Albert Grebing, Neudorf b. Stuhm. — 2. Bev.: Franz Schreiber, Stuhmsdorf. Bieleau. 1. Bev.: Wilhelm Innemann, Fabrikstraße 150.

Die Zahlstelle Rosenheim u. Umgebung

ist vom 1. November an einen

Geschäftsführer.

Werber sollen möglichst der Papierbranche angehören und mit der Gegend bekannt sein. Sie sollen eine kurze Abhandlung über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und über die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft einreichen. Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift „Werbung“ sind bis 20. Oktober zu richten an Franz Wagner, Redensleben, Post Mühlbach.
 [6,50 Mk.]